



UNSER MENÜ

Stand: 04.09.2024

Aktuelle Version unter bierpartei.eu/menu

BIN IN EINER REFORMBEWEGUNG

DIE BIERPARTEI | EYZINGGASSE 23 | 1110 WIEN

INHALTSVERZEICHNIS

ENTPOLITISIERUNG DER POLITIK

EIGNUNGSTEST FÜR MINISTER:INNEN	3
ZUKUNFTSMINISTERIUM	3
SAUBERE POLITIK	4
ZUSAMMENLEGUNG DER WAHLSONNTAGE	4
MAXIMAL 2.093 WAHLPLAKATE	5
MENSCHENRÄTE	5
NEUE RAUMPLANUNG	6
ENTPOLITISIERUNG DES ORF	7
WOSISDEILEISTUNG.AT	7
ENTPOLITISIERUNG DER JUSTIZ	8

NEUES ZUSAMMENLEBEN

WOHNEN

FAIRE MIETEN	9
TURBO FÜR ÖFFENTLICHEN WOHNBAU	9
EFFEKTIVE LEERSTANDSABGABE	9

INTEGRATION, MIGRATION UND ASYL

DEUTSCH FÜR ALLE	10
ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT	10
ASYL FAIR VERTEILEN	10
KAMPF GEGEN BANDENKRIMINALITÄT	10

PENSIONEN

SICHERE PENSIONEN: HEUTE	11
SICHERE PENSIONEN: MORGEN	11
DREI SÄULEN FÜR SICHERE PENSIONEN	11

NEUE GESUNDHEIT

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

BESSERE VERSORGUNG VOR ORT	12
MEHR ZEIT FÜR PATIENT:INNEN	12
“1450” ALS MEDIZIN-HOTLINE FÜR ALLE BESCHWERDEN	12
AUSGEBILDETE FACHÄRZTE UND -ÄRZTINNEN	13
MEHR KASSEN-ORDINATIONEN	13

NEUE WEGE FÜR DIE PFLEGE

- AUSBILDUNG MIT ZUKUNFTSPERSPEKTIVE 13
- LANGFRISTIGE ZUFRIEDENHEIT IM BERUF 13

PRÄVENTION

- WER BEI PRÄVENTION MITMACHT, ZAHLT WENIGER 14
- JUNG UND GESUND 14

NEUE WIRTSCHAFT

- WIRTSCHAFTSMOTOR STARTEN 15
- MODERNE MITARBEITERBETEILIGUNG 15
- GRÜNDUNGSOFFENSIVE 15
- ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR FÖRDERUNGEN 16

LEHRE

- AUFWERTUNG DER LEHRE 16
- LEHRE MIT ZUKUNFT 16

NEUE BILDUNG

- ECHTE CHANCEN BEGINNEN IM KINDERGARTEN 17
- SCHULEN: STÄRKEN STÄRKEN 17
- LEHRPLAN ENTRÜMPELN 17
- NEUE GEMEINSAME SCHULE 17
- MEHR LEHRER:INNEN UND MEHR UNTERSTÜTZUNG 18
- AUFWERTUNG DER LEHRE 18
- LEHRE MIT ZUKUNFT 18
- BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN AN DEN HOCHSCHULEN 18
- PRAXISNAH AN DER FH & MASTER UND FORSCHUNG AN DER UNI 19

NEUE ZUKUNFT

UMWELT

- BODENVERBRAUCH REDUZIEREN 20
- WASSER SCHÜTZEN 20
- WEGWERFVERBOT FÜR LEBENSMITTEL 21
- ERNEUERBAREN STROM SPEICHERN 21

ENTPOLITISIERUNG DER POLITIK

■ EIGNUNGSTEST FÜR MINISTER:INNEN

Wir wollen die besten Köpfe für die höchsten Posten in diesem Land. Damit sie die wirklich wichtigen Themen angreifen und die besten Lösungen erarbeiten. Und nicht nur die, die ihrer Partei gerade gelegen sind.

Daher fordern wir einen Eignungstest für Bundesminister:innen und Staatssekretär:innen. Weil das die Menschen sind, die Entscheidungen treffen, die uns alle täglich betreffen. Und da brauchen wir Kompetenz, Menschenverstand und eine Vision für die Zukunft. Was wir nicht brauchen sind parteipolitische Besetzungen nach Bundesländern oder einflussreichen Organisationen.

Wie soll das konkret ablaufen?

Die in der Regierungsbildung befindlichen Koalitionspartner (bzw. während einer laufenden Regierung die Parteien der amtierenden Bundesregierung) nominieren für jeden Minister:innenposten drei Kandidat:innen. Eine Kommission wählt dann den am besten Geeigneten oder die am besten Geeignete. In dieser Kommission ist je eine Person von jeder Parlamentspartei vertreten — also auch von den Oppositionsparteien — und ebenso viele Expertinnen und Experten, ausgewählt von einem Beratungsunternehmen mit Erfahrung in Auswahlverfahren.

Entscheidet dieselbe Kommission über alle Ministerposten?

Nein, es gibt für jeden Posten eine andere Kommission. Für die Landwirtschaft braucht es andere Kompetenzen als für die Bildung — das soll sich auch in der Besetzung der Kommission widerspiegeln.

Müssten sich bei einer Regierungsbeteiligung der Bierpartei auch die eigenen Kandidat:innen für ein Ministeramt dem Eignungstest stellen?

Ja, natürlich.

■ ZUKUNFTSMINISTERIUM

Die Politik von heute rennt den Problemen und Veränderungen hinterher. Sie agiert nicht, sie reagiert — und auch das oft zu spät. Wir wollen optimistisch und visionär in die Zukunft blicken und heute schon die Weichen für morgen stellen. Ein Zukunftsministerium soll neue Konzepte und zukunftsweisende Reformen ausarbeiten können — frei von täglichem Krisenmanagement oder Parteiinteressen.

Wie soll Österreich 2040 aussehen? Welche Visionen gibt es für 2050? Und was müssen wir heute tun, um diese Ziele zu erreichen? Damit soll sich ein Zukunftsministerium, bestehend aus parteiunabhängigen Expertinnen und Experten, beschäftigen und daraus konkrete Forderungen und Gesetze ausarbeiten, die dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. Darüber hinaus soll das Zukunftsministerium Gesetzesvorschläge auf ihre Zukunftstauglichkeit überprüfen und eine Überarbeitung einfordern können.

Das Ministerium soll unabhängig von und über Wahltermine hinaus arbeiten. Alle Parlamentspar-

teien sollen Expert:innen für das Ministerium nominieren können. Die Expertinnen und Experten sollen weiterhin in ihren Berufen tätig sein können. Auch eine Beteiligung von zufällig ausgewählten Bürger:innen ist denkbar.

■ **SAUBERE POLITIK**

Transparenz ist der Schlüssel für eine saubere und nachvollziehbare Politik. Wir wollen wissen, wenn Nationalratsabgeordnete selbst von Entscheidungen im Parlament profitieren und fordern Offenlegungspflichten, die über die aktuellen Regelungen hinausgehen. Die Abgeordneten im Parlament müssen alles melden, was einen Interessenskonflikt darstellen könnte. Also z.B. auch signifikante Unternehmensbeteiligungen, Aktienbesitz und Besitz von Grund und Boden.

Eine Entflechtung braucht es auch beim Abgang aus der Politik. Schluss mit dem Besetzen von Spitzenposten in letzter Minute. Daher fordern wir ein “Cooling Off”, also einen Zeitraum, in dem Ex-Politiker:innen gewisse politiknahe Jobs nicht ausüben dürfen. Nicht nur für Verfassungsrichter, wie von der Bundesregierung im Juli 2024 beschlossen, sondern auch anderswo: für staatsnahe Betriebe, für Behörden und vor allem für politiknahe Berater- und Lobbyismustätigkeiten.

Ganz allgemein braucht es Nachschärfungen im Lobbying-Gesetz. Wir unterstützen die Vorschläge von Transparency International für Österreich und wollen strengere und transparentere Regelungen für Lobbying. Damit sichtbar wird, wo Lobbying passiert und wenn Interessensverbände oder Unternehmen an der Vorbereitung von Gesetzen mitwirken.

Will die Bierpartei die strengeren Offenlegungspflichten für Politiker:innen im Nationalrat, Bundesrat und in den Landtagen?

Ja, es geht um eine Verschärfung der Offenlegungspflichten im “Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz”, das Politiker:innen in Nationalrat, Bundesrat und den Landtagen betrifft.

Konkret für welche Behörden und Ämter soll das “Cooling Off” gelten und wie lange soll der Zeitraum sein?

Die Details werden wir gemeinsam mit Expert:innen für Antikorruptions-Maßnahmen und den anderen Parteien ausarbeiten. Wichtig ist das Ziel: Politik für die Menschen und nicht die eigenen Interessen.

Wie genau soll beim Lobbying-Gesetz nachgeschärft werden?

Wir unterstützen die Vorschläge von Transparency International für Österreich und wollen gemeinsam mit Expert:innen die Details ausarbeiten.

■ **ZUSAMMENLEGUNG DER WAHLSONNTAGE**

Wir wollen, dass die Politik konstruktiv arbeitet und langfristig denkt. Aber wenn ständig irgendwo Wahlen sind, beherrschen Wahlkampf und Konkurrenzdenken die Agenda: Die Bundespolitik schiebt auf die Landtagswahlen und umgekehrt. Deswegen wollen wir einen Termin alle fünf Jahre für sämtliche Wahlen in allen Bundesländern und Gemeinden. Damit die Regierungen in Österreich mehr hackeln und weniger wahlkämpfen. Ganz nebenbei spart das auch Geld.

Was passiert, wenn eine Landesregierung zerbricht, bevor die Legislaturperiode zu Ende ist?

Unser Vorschlag ist, dass sich der amtierende Landeshauptmann oder die amtierende Landeshauptfrau bis zum nächsten Wahltermin mit den bestehenden Kräften im Landtag neue Mehrheiten suchen muss.

Was ist mit den anderen Wahlterminen (z.B. Nationalratswahl, Bundespräsidentenwahl, EU-Wahl)? Sollen die auch am selben Tag stattfinden?

Nein. Bei der EU-Wahl geht es um ganz andere Themen als bei einer Bundespräsidentenwahl. Das soll sich durch einen gemeinsamen Wahltermin nicht vermischen.

■ MAXIMAL 2.093 WAHLPLAKATE

Überall stehen sie rum und verhandeln die Landschaft. Wir sagen: Pro Partei 2.093 Dreiecksstände und Wahlplakate müssen genügen, um die Menschen in einem Wahlkampf zu informieren. 2.093: das entspricht der Anzahl der Gemeinden in Österreich. Diese Obergrenze spart Kosten und trägt zu einem fairen Wahlkampf bei.

Wie definiert die Bierpartei “Wahlplakat”?

Zu Wahlplakaten gehören für uns sämtliche Werbeflächen im öffentlichen Raum, also z.B.: Dreiecksstände, Plakatwände, Infoscreens, Werbeflächen an Bushaltestellen, etc.

Muss in jeder Gemeinde ein Plakat stehen?

Nein, wo die Plakate aufgestellt werden, können die Parteien selbst entscheiden, solange sie die Obergrenze von 2.093 österreichweit nicht überschreiten.

Wie soll das bundesweit umgesetzt werden? Zum Beispiel die Obergrenze bei Dreiecksständen wird ja von den Gemeinden festgelegt...

Die Parteien sollen die Anzahl der Wahlplakate im Wahlwerbungsbericht dokumentieren, der vom Rechnungshof geprüft wird, so wie die Wahlkampfkostenobergrenze. Dazu braucht es bei einer Überschreitung wirksame Sanktionen.

■ MENSCHENRÄTE

Wir wollen mehr Beteiligung für die Menschen in diesem Land. Aber nicht nur in Form von simplen Ja/Nein-Abstimmungen. Wir heben unsere Stammtische auf das nächste Level und setzen Menschenräte ein, in denen Bürger:innen mit Expert:innen gemeinsam neue Ideen erarbeiten. Wir wollen neue Lösungen für die Probleme der Gegenwart und für Österreichs Zukunft, die nicht parteipolitisch oder ideologisch eingefärbt sind.

Daher setzen wir auf Menschenräte vor allem für Fragen von hohem öffentlichem Interesse und Themen, an die sich die Parteien seit Jahren nicht trauen: Aus Angst, notwendige aber unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Oder um die eigenen Posten und Privilegien zu schützen. Menschenräte sollen neue Vorschläge und Lösungen erarbeiten, z.B. für Pensionen, Zuwanderung, oder eine Föderalismus-Reform.

Wir verpflichten uns, Ergebnisse der jeweiligen Menschräte in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Wie sollen die Räte funktionieren?

Die Teilnehmenden werden in einem ersten Schritt ausgelost. In einem zweiten wird sichergestellt, dass ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung abgebildet ist. Für das Prozedere übernehmen wir die Best Practice-Erfahrungswerte für Bürger:innenräte aus anderen EU-Ländern sowie Empfehlungen der OECD.

Auch auf Landes- und Gemeindeebene werden Bürger:innenräte in Österreich bereits erfolgreich eingesetzt, etwa in Vorarlberg. Auf Bundesebene wurden die Empfehlungen von Bürgerräten, wie z.B. vor Kurzem dem Klimarat, aber kaum ernstgenommen. Das wollen wir mit unseren Menschenräten ändern.

Dürfen da auch Menschen mitreden, die keine österreichischen Staatsbürger sind?

Ja. Alle, die in Österreich seit mindestens fünf Jahren wohnhaft sind. Wichtig ist ein repräsentativer Querschnitt der in Österreich lebenden Bevölkerung.

NEUE RAUMPLANUNG

Wir müssen sorgsam mit Grund und Boden umgehen. Bei Flächenwidmungen und Raumplanung brauchen wir Entscheidungen, die gut für alle sind: über Gemeinde- und Landesgrenzen hinaus, für Österreich und für die Zukunft. Entpolitisieren wir die Raumplanung und bekämpfen wir die Bodenversiegelung.

Bürgermeister:innen haben durch Flächenumwidmungen viel zu gewinnen: von Kommunalsteuern bis hin zu privatem Gewinn bei der Umwidmung von eigenen Grundstücken. Dabei wird wertvoller Boden versiegelt und der Vorteil für eine Gemeinde ist oft zum Schaden einer sinnvollen, gemeindeübergreifenden Raumplanung im Sinne aller.

Daher fordern wir...

1. Eine Mehrwertabgabe bei Umwidmungsgewinnen, die die Öffentlichkeit an eben diesen Gewinnen beteiligt. Dadurch würden Umwidmungen nur dort passieren, wo sie tatsächlich einen Mehrwert für alle bringen und nicht nur für die Grundstücksbesitzer:innen. Die Mittel aus dieser Mehrwertabgabe sollen ebenfalls der Öffentlichkeit zugutekommen: Denkbar ist etwa eine Zweckwidmung für Wohnbau oder den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.
2. Mehr übergeordnete Raumplanung, die alle Ebenen mit einbezieht (Bund, Länder, Gemeinden), ebenso wie Bürger:innen und Expert:innen. Bürgermeister:innen sollten nicht die oberste Bauinstanz in Gemeinden sein und allein über Flächenumwidmungen entscheiden.
3. Eine fixe Obergrenze für landesweiten Bodenverbrauch. Die Regierung hat sich bereits 2002 ein Ziel von 2,5 Hektar pro Tag gesteckt — und seither scheitern wir jeden Tag erneut daran. Schreiben wir dieses Ziel endlich als verbindliche Obergrenze fest!

■ **ENTPOLITISIERUNG DES ORF**

Wir brauchen unabhängige Medien und Journalist:innen, die frei und unbeeinflusst berichten können. Der ORF muss seine Aufgabe als unabhängiges, öffentlich-rechtliches Medium wahrnehmen können und darf nicht von der Regierung und anderen Parteiinteressen kontrolliert werden. Daher muss die Politik raus aus dem ORF. Nicht aus dem Programm, aber aus der Programmgestaltung, dem Management, dem Stiftungsrat.

Die Bundesregierung hat zu viel Einfluss: das sagen nicht nur wir, sondern auch der Verfassungsgerichtshof und die eigenen Redakteure und Redakteurinnen. Wir brauchen einen unabhängigen ORF, in dem nicht die Regierung die Besetzung der wichtigsten Posten bestimmt. Das gilt natürlich auch für die Landesstudios. Und wir wollen eine Strukturreform im Sinne einer Entpolitisierung, die auch zu Kosteneinsparungen in der Administration führt. Damit mehr Geld für's Programm bleibt.

Wenn wir ins Parlament kommen, wollen wir im ORF nichts zu sagen haben. Wir werden einen unabhängigen Experten / eine unabhängige Expertin für den Stiftungsrat nominieren, der / die sich in diesem Gremium für die Entpolitisierung einsetzen wird.

Was genau soll passieren?

Wir unterstützen die Forderungen der ORF-Redakteure und -Redakteurinnen und wollen einen Stiftungsrat mit Expert:innen, einen transparenten Bestellvorgang und öffentliche Hearings. Wir wollen ein Auflösen der politischen Freundeskreise. Und im Publikumsrat sollen auch wieder Leute sitzen, die vom Publikum gewählt werden. Kurz: Wir wollen Kompetenz und Expertise statt Parteilpolitik und Freunderlwirtschaft. Dann haben wir auch wieder einen öffentlich-rechtlichen ORF – für alle.

Wie steht die Bierpartei zur Haushaltsabgabe für den ORF?

Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk (der auch alle neuen Medien bedient) ist wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Es ist richtig, dass alle diesen finanzieren, so wie alle Steuerzahler:innen Schulen oder Schienen mittragen, auch wenn sie selbst keine Kinder haben oder mit dem Zug fahren. Die Alternative, eine Finanzierung aus dem Bundesbudget, wäre genau das Gegenteil einer Entpolitisierung und würde die Unabhängigkeit des ORF schwächen. Klar ist aber: Die Sonderstellung des ORF verpflichtet ihn umso mehr zum sorgsamem Umgang mit öffentlichen Geldern.

■ **WOSISDEILEISTUNG.AT**

Was geschieht mit dem ganzen Geld, das der Staat von mir erhält? Diese Frage stellen sich viele Menschen in diesem Land — die Bierpartei will es sichtbar machen.

Wir wollen eine Website, die übersichtlich darstellt, was der Staat einnimmt und wofür er es ausgibt. Und: Durch Eingabe der eigenen Einkommens- und Steuersituation kann sich jeder und jede anzeigen lassen, wieviel der eigenen Steuern wohin fließen.

Die Domain für diese Website haben wir uns mit "WosIsDeiLeistung.at" bereits gesichert. Nach der Nationalratswahl schenken wir die Domain der neuen Bundesregierung: Damit es keine Ausreden für mangelnde Transparenz gibt.

Gibt es nicht schon zahlreiche Quellen, unter denen man diese Informationen findet?

Ja, vieles gibt es schon. Aber die Daten sind oft weit verstreut und teilweise unübersichtlich dargestellt: im Bundesrechnungsabschluss, im Transparenzportal, in den Medientransparenzdaten..., um nur einige zu nennen. Wir wollen die Informationen über die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben bündeln und viel übersichtlicher gestalten. Darüber hinaus sollen sämtliche Seiten, die weitere Informationen und Daten zu Ausgaben und Förderungen des Staates bieten, verlinkt sein. Damit "Wosls-DeiLeistung.at" die erste Anlaufstelle für alle ist, die wissen wollen, was mit ihrem Geld geschieht.

■ ENTPOLITISIERUNG DER JUSTIZ

Wir wollen eine Justiz, die alle gleich behandelt: Egal, wie prominent die Beschuldigten sind oder wen sie kennen. Es darf keine politische Einmischung oder Vorzugsbehandlung geben.

Daher fordern wir:

1. Eine unabhängige Staatsanwaltschaft: Die Einführung eines unabhängigen Gremiums, um die Weisungsfreiheit von der politischen Funktion des Justizministers oder der Justizministerin zu gewährleisten.
2. Keine Weitergabe von Informationen an politische Repräsentanten: strengere Vertraulichkeitsverpflichtungen, welche bei Nichteinhaltung rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.
3. Das Justizministerium als Verwaltungsbehörde darf im Sinne einer konsequenten Gewaltenteilung in Strafverfahren nicht eingreifen. Die Strafprozessordnung bedarf einer Reform, damit es zu einer Konkretisierung der Weisungskette kommt.
4. Transparente Verfahren für die Ernennung von Führungsposten in der Gerichtsbarkeit, der Justizverwaltung und im Justizministerium. Veröffentlichung der Entscheidungsgründe für die Ernennungen.
5. Unabhängige Justizhaushalte: Sicherstellung eines unabhängigen Budgets für die Justiz, das von der Legislative und Exekutive getrennt ist, um finanzielle Abhängigkeiten zu vermeiden. Bereitstellung ausreichender Mittel für die Justiz, um ihre Aufgaben effektiv und unabhängig erfüllen zu können. Ressourcen dürfen nicht bewusst verknappert werden, etwa um „unliebsame“ Verfahren in die Länge zu ziehen.

NEUES ZUSAMMENLEBEN

WOHNEN

Wohnen muss wieder leistbar sein. Seit 2006 haben sich die Mietpreise in Österreich nahezu verdoppelt. Für viele sind die Wohnkosten zur schweren Belastung geworden, Mieterhöhungen und befristete Verträge machen eine Planung für die Zukunft schwierig. Daher fordern wir faire Mieten, mehr sozialen Wohnbau und die Bekämpfung des Leerstands.

■ FAIRE MIETEN

Die Mietpreise sollen sich nicht am Preis für ein Packerl Butter orientieren. Wir wollen die Mietpreise von der Inflation entkoppeln, um die Wohnkosten zu stabilisieren und Mieter:innen vor den Auswirkungen rascher Preissteigerungen zu schützen.

Wir fordern das Aus von befristeten Mietverträgen für gewerbliche Anbieter, damit Mieter:innen ihre Wohnsituation besser planen können und Mietvertragsverlängerungen nicht für unverhältnismäßige Preisanpassungen missbraucht werden. Für Privatpersonen, die einzelne Wohnungen privat vermieten, soll eine Befristung weiterhin erlaubt sein.

Darüber hinaus setzen wir uns für Mietzinsobergrenzen im Altbau ein und fordern eine zeitgemäße Anpassung dieser Regelung in Wien und deren Ausweitung auf ganz Österreich.

■ TURBO FÜR ÖFFENTLICHEN WOHNBAU

Öffentlicher Wohnbau schafft neuen Wohnraum und wirkt sich preisdämpfend auf den gesamten Mietmarkt aus. Daher brauchen wir wieder mehr sozialen Wohnbau, die zweckgewidmete Bereitstellung von staatlichen Zuschüssen und langfristige Planbarkeit für Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützige Bauträger.

■ EFFEKTIVE LEERSTANDSABGABE

In Österreich stehen etwa 250.000 Wohnungen leer. Das ist Wohnraum für mehr als eine halbe Million Menschen, der aktuell nicht genutzt wird. Daher fordern wir eine Leerstandsabgabe und effektive Kontrollen. Damit bestehender Wohnraum wieder den Menschen zur Verfügung steht.

INTEGRATION, MIGRATION UND ASYL

Zuwanderung und Asyl sind eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance für unser Land. In der Pflege, beim Kfz-Mechaniker und für die Sicherung unseres Pensionssystems brauchen wir neue Arbeitskräfte – auch durch qualifizierte Zuwanderung. Asyl ist ein Menschenrecht, zu dem wir uns bekennen. Asylmissbrauch hingegen muss geahndet werden. Klar ist auch: Gesetze gelten für alle. Wer sie bricht, muss die Konsequenzen tragen.

■ DEUTSCH FÜR ALLE

Deutsch ist der 1. Schlüssel zur Integration – in der Gesellschaft, in der Schule, am Arbeitsmarkt. Wir wollen verpflichtende Deutschkurse für alle Menschen, die nach Österreich kommen und zu wenig Deutsch sprechen. Ab Tag 1 und insbesondere auch bei Asylwerber:innen, denn die haben aktuell nicht einmal Anspruch auf einen Deutschkurs. Die Vermittlung unserer Werte - wie Demokratie und Gleichberechtigung - sind Teil dieser Kurse.

■ ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

Arbeit ist der 2. Schlüssel zur Integration. Wer Arbeit hat, kann für sich selbst sorgen und wird leichter Teil unserer Gesellschaft. Berufsqualifikationen müssen rascher anerkannt und Asylverfahren schnell bearbeitet und abgeschlossen werden, um Klarheit für die Betroffenen, Schulen und Arbeitgeber zu schaffen. Zusätzlich brauchen wir Qualifizierungsmaßnahmen für alle, die dauerhaft hier bleiben dürfen. Bei dringend benötigten Fachkräften wollen wir weniger Bürokratie und eine zentrale Anlaufstelle für die Arbeitsberechtigung in Form der Rot-Weiß-Rot – Karte.

■ ASYL FAIR VERTEILEN

Drei zugewanderte Kinder in einer Schulklasse sind gelebte Integration, 20 sind Überlastung. Wenn zu viele Menschen in kurzer Zeit an einen Ort kommen, wie zuletzt durch den Familiennachzug in Wien, überlasten sie das System. Daher brauchen wir eine gerechte und verpflichtende Verteilung – in der EU, aber auch innerhalb Österreichs.

■ KAMPF GEGEN BANDENKRIMINALITÄT

Wir brauchen umfassende Maßnahmen, um die Sicherheit im öffentlichen Raum für alle Menschen zu gewährleisten. Wenn sich Banden bekriegen, ist davor schon vieles schief gelaufen. Deutsch, Integration und die faire Verteilung von Asyl sind die Grundlage, damit es gar nicht so weit kommen kann. Wir setzen auch auf gezielte Prävention: mit Sozialarbeiter:innen an Schulen und Streetworkern auf der Straße. An Brennpunkten braucht es erhöhte Polizeipräsenz und Ressourcen, damit die Polizei für die neuen Herausforderungen gewappnet ist. Denn eines ist klar: der öffentliche Raum muss für alle sicher sein.

PENSIONEN

Wir leben länger und gesünder. So soll es auch in der Pension sein... und ohne finanzielle Sorgen! Pensionen unter der Armutsgrenze müssen der Vergangenheit angehören. Wer sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmert, soll keine Nachteile in der Pension haben. Und wir setzen uns dafür ein, dass auch die nachkommenden Generationen im Alter Anspruch auf eine Pension haben werden. Um all das zu gewährleisten, brauchen wir eine Vielzahl an Maßnahmen und die breitere Aufstellung des Pensionssystems auf drei Säulen.

■ SICHERE PENSIONEN: HEUTE

Noch immer liegen manche Pensionen unter der Armutsgrenze. Wir fordern eine Anhebung der Ausgleichszulage für die niedrigsten Pensionen: damit niemand mit einer Pension in Armut lebt. Etwas dazuverdienen soll auch bei Mindestpensionen (Pensionen mit Ausgleichszulage) ohne Abschlag möglich sein. Wir wollen, dass Zeiten für die Pflege von Angehörigen auf die Pension angerechnet werden, so wie Kinderbetreuungszeiten. Und wir fordern ein automatisches Pensionssplitting: Die Eltern teilen sich die Gutschriften am Pensionskonto für den Zeitraum der Kinderbetreuung. Damit jener Elternteil, der sich um die Kinder kümmert und weniger arbeitet, in der Pension keine Nachteile hat.

■ SICHERE PENSIONEN: MORGEN

Damit die Pensionen auch morgen sicher sind, muss das tatsächliche Pensionsantrittsalter dem gesetzlichen angeglichen werden.

Das fängt bei den Arbeitgeber:innen an, die es Menschen ermöglichen sollen, länger zu arbeiten, z.B. durch Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir sind für ein Bonus-Malus-System, das Betriebe belohnt, die Menschen länger in Erwerbstätigkeit halten.

Für Menschen, die über das Regelpensionsalter hinaus arbeiten wollen, soll es zu den bereits bestehenden Boni zusätzliche Anreize geben.

Wir unterstützen das Konzept der Altersteilzeit, um älteren Menschen ein Weiterarbeiten in Teilzeit zu ermöglichen.

Längeres Arbeiten muss also attraktiver werden, für die Betriebe und all jene Menschen, die es wollen. Für Personen in Berufen mit körperlich anstrengender Arbeit muss der frühere Gang in die Pension nach 45 Beitragsjahren weiterhin möglich sein.

■ DREI SÄULEN FÜR SICHERE PENSIONEN

Um unser Pensionssystem auf eine breitere Basis zu stellen, wollen wir neben der staatlichen Pensionsversicherung auch die betriebliche und die private Altersvorsorge ausbauen. Das staatliche Pensionssystem muss der Basisbaustein für sichere Pensionen bleiben. Wir sind für eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge durch eine Erhöhung der Beiträge zur Mitarbeitervorsorgekasse, bei gleichzeitiger Senkung der Beiträge zum staatlichen Pensionssystem. Auch die private Vorsorge soll durch steuerliche Anreize attraktiver werden.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Viele Jahre hieß es, unser Gesundheitssystem sei das beste der Welt. Mittlerweile haben wir eine Zweiklassenmedizin, mit immer mehr Wahlärzten und langen Wartezeiten bei Kassenärzten. Zu viele Patient:innen landen im Spital, obwohl sie vor Ort besser und rascher versorgt werden könnten. Und bei geplanten Operationen gibt es lange Wartezeiten. Da muss was passieren: Wir alle brauchen die Sicherheit, rasch und bestmöglich medizinisch versorgt zu werden. Und alle Menschen in Gesundheitsberufen müssen wieder Arbeitsbedingungen vorfinden, die es ermöglichen, lange und vor allem gerne diese Jobs ausüben zu können. Geld für die Gesundheit darf nicht in der Verwaltung versickern, sondern muss für die Menschen da sein. Alle haben Anspruch auf die bestmögliche medizinische Versorgung – unabhängig von den eigenen finanziellen Mitteln und vom Wohnort.

■ BESSERE VERSORGUNG VOR ORT

Wir wollen Spitäler entlasten und die Versorgung näher zu den Patient:innen bringen. Daher fordern wir den bundesweiten Ausbau von Community Nurses und Acute Community Nurses – professionelle pflegerische Versorgung für zuhause und qualitativ hochwertig ausgebildete Notfallsanitäter:innen – nach dem Vorbild von Niederösterreich.

Wir setzen uns ein für den verstärkten Ausbau von Primärversorgungszentren (PVZ).

Eine bessere Versorgung vor Ort bringt medizinische Betreuung näher zu den Patient:innen und spart Geld durch weniger Krankentransporte und eine Entlastung der Spitäler.

■ MEHR ZEIT FÜR PATIENT:INNEN

Zwei Stunden im Warteraum, zwei Minuten beim Arzt. Für zeitaufwendige Untersuchungen und persönliche Gespräche bekommen Ärzte und Ärztinnen von der Kassa kaum etwas bezahlt – obwohl gerade das Gespräch oft am wichtigsten wäre. Daher fordern wir eine Anpassung der Posten im Leistungs- und Honorarkatalog. Damit Ärzte und Ärztinnen unabhängig von finanziellen Überlegungen die beste Behandlung für ihre Patient:innen wählen und sich ausreichend Zeit für sie nehmen können.

■ „1450“ ALS MEDIZIN-HOTLINE FÜR ALLE BESCHWERDEN

Die Rufnummer „1450“ soll eine zentrale Anlaufstelle für alle medizinischen Fragen sein. Mit einem einheitlichen Leistungs- und Honorarkatalog für ganz Österreich, sowie Informationen zu Öffnungs- und Wartezeiten kann „1450“ entscheiden, wo Patient:innen rasch die beste Behandlung bekommen. Aktuelle Wartezeiten – egal ob in Spitälern, bei bildgebenden Instituten (z.B. für CT/MRT) oder in Ordinationen – sollen zentral erfasst und auch online abrufbar sein. Zusätzlich soll „1450“ kompetente Beratung am Telefon (auch per Videocall) bieten und Anrufe direkt weiterleiten können: ob zur Ärztin oder zur Rettung.

■ **AUSGEBILDETE FACHÄRZTE UND -ÄRZTINNEN IN ÖSTERREICH HALTEN**

Wir bilden viele Ärzte und Ärztinnen aus, aber ein Drittel verlässt Österreich nach dem Studium. Um das zu ändern, fordern wir einen Karrierepfad und gesicherte Ausbildungsplätze mit Jobgarantie. Wir streichen die dem Studium nachgelagerte (und nur in Österreich verpflichtende) "Basisausbildung" an den Spitälern und ziehen die Inhalte in das klinisch-praktische Jahr vor, das dafür aufgewertet wird und dessen Vergütung zumindest 1.200,- Euro (netto) betragen soll. Und: Damit auch Elternteile mit Kindern im Beruf bleiben können, braucht es den Ausbau von Betriebs-Kindergärten an Österreichs Spitälern.

■ **MEHR KASSEN-ORDINATIONEN**

Immer längere Wartezeiten auf einen Termin beim Kassenarzt. Und in vielen Ordinationen heißt es überhaupt: Aufnahmestopp. Das muss sich bessern: Wir brauchen mehr Kassenverträge, aber auch Anreize für Ärzte und Ärztinnen, offene Kassenstellen anzunehmen. Wir wollen für Kassenärzte und -Ärztinnen finanzielle Anreize schaffen und sind für die Erweiterung des Distributionsrechts für Hausapotheken.

NEUE WEGE FÜR DIE PFLEGE

Schon jetzt werden geplante Operationen verschoben und es gibt lange Wartezeiten – bis zu einem Jahr! – oft auch wegen fehlender OP-Pfleger:innen. Es fehlen Pflegekräfte in Spitälern, Pflegeheimen, der Reha, der mobilen Pflege und der 24-Stunden-Pflege. Bis zum Jahr 2030 brauchen wir mindestens 50.000 Pflegekräfte mehr. Doch ein Drittel der Pfleger:innen steigt während der Ausbildung aus. Ein weiteres Drittel folgt in den ersten 5-10 Jahren. Das zeigt: Viele Menschen wollen in der Pflege arbeiten, sind aber durch die Rahmenbedingungen frustriert. Daher fordern wir Zukunftsperspektiven für die Ausbildung und eine echte Aufwertung der Pflege, um die langfristige Zufriedenheit mit und im Pflegeberuf zu sichern.

■ **AUSBILDUNG MIT ZUKUNFTSPERSPEKTIVE**

Motivierte Menschen müssen sich die Pflege-Ausbildung leisten können. Daher fordern wir, dass die Ausbildungsvergütung für alle zumindest 1.200,- Euro (netto) beträgt. Wir wollen Unterstützung für Pflegende in der Einarbeitungszeit durch Mentoring-Programme nach dem Vorbild Schwedens und fordern Weiterbildungsmöglichkeiten mit echten Karrierechancen.

■ **LANGFRISTIGE ZUFRIEDENHEIT IM BERUF**

Pflege ist ein schöner Beruf, doch die Rahmenbedingungen sind es oft leider nicht. Wir fordern echte Wertschätzung durch ein Maßnahmenpaket für bessere Arbeitsbedingungen, steuerfreier Überstunden und der Honorierung von Mehrleistungen. Es braucht mehr Angebote für Teilzeit – etwa als Community Nurse – und bessere Planbarkeit. Wir fordern Unterstützung bei administrativen Tätigkeiten und eine bundesweit einheitliche elektronische Patientenakte für die Pflege – was bei ELGA funktioniert, muss auch hier möglich sein. Darüber hinaus unterstützen wir Angebote niederschwelliger psychologischer und sozialer Unterstützung für Pflegekräfte.

PRÄVENTION

Österreichs Gesundheitssystem ist auf die Behandlung von Krankheiten ausgelegt, nicht auf deren Verhinderung. Der Staat gibt doppelt so viel Geld allein für die Verwaltung des Gesundheitssystem aus, als für die Prävention. Dabei würde mehr Vorsorge uns allen viel Geld sparen. Noch wichtiger aber ist der Nutzen für jede und jeden: Prävention tut nicht weh, die Folgen durch zu spät erkannte Erkrankungen hingegen sehr. Ein Drittel aller chronischen Krankheiten bei Menschen über 65 könnten durch präventive Maßnahmen verhindert werden. Daher setzen wir in allen Bereichen auf mehr Präventionsmaßnahmen, von der betrieblichen Gesundheitsvorsorge bis zur psychischen Gesundheit. Damit wir länger gesund leben.

■ WER BEI PRÄVENTION MITMACHT, ZAHLT WENIGER

Wir fordern einen individuellen Plan zur Gesundheitserhaltung für alle Menschen. Dieser soll vom Hausarzt / von der Hausärztin individuell erstellt werden. Bei Einhalten der Vorsorgeuntersuchungen und weiteren Zielvorgaben sollen die Beiträge zur Krankenversicherung spürbar gesenkt werden und dem Einzelnen zugutekommen.

■ JUNG UND GESUND

In zahlreichen Pilotprojekten in Wien und Vorarlberg hat sich gezeigt, dass School Nurses die Gesundheit und auch den Lernerfolg verbessern: daher fordern wir die flächendeckende Einführung von School Nurses in ganz Österreich. Sie sollen nicht nur Gesundheitskompetenz zu Bewegung, Ernährung und psychischer Gesundheit vermitteln, sondern auch Erste Hilfe leisten und unterrichten, sowie Anlaufstelle für individuelle gesundheitliche Probleme der Schüler:innen sein.

An den Schulen setzen wir uns für die bundesweite Einführung der täglichen Sportstunde sowie deren zeitgemäße Gestaltung und die Einbindung lokaler Sportvereine ein.

Zahngesundheit soll bereits in Kindergärten vermittelt werden. Auch hier wollen wir bereits erfolgreiche Pilotprojekte bundesweit ausrollen.

NEUE WIRTSCHAFT

Unsere Vision ist ein nachhaltiger, innovativer und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Österreich, der für Unternehmen und Fachkräfte attraktiv ist und die Umwelt schützt. Wir setzen uns ein für kleine und mittlere Unternehmen – vom Gastwirt bis zum Nagelstudio – denn die schaffen einen Großteil der Wirtschaftsleistung und zwei Drittel der Arbeitsplätze. Wir wollen die bürokratischen Hindernisse reduzieren und fordern zentrale Anlaufstellen für Informationen, Genehmigungen und Förderungen. Den österreichischen Unternehmen müssen wir gleiche Voraussetzungen für den internationalen Wettbewerb und Export bieten, indem wir Steuerschlupflöcher für multinationale Konzerne schließen und Stiftungs- und Offshore-Konstruktionen genau durchleuchten.

■ WIRTSCHAFTSMOTOR STARTEN

EPU's und KMUs (Einzelunternehmen, kleinere und mittlere Unternehmen) sollen Gewinne bis zu gewissen Grenzen unbürokratisch und steuerbegünstigt ins Eigenkapital überführen können, wenn sie nicht ausgeschüttet werden. Durch diese Maßnahme stärken wir die Investitionskraft und die Resilienz heimischer Betriebe. Zusätzlich sichern wir regionale Arbeitsplätze und vermeiden Insolvenzen aufgrund mangelnder Eigenkapitalausstattung. Unternehmen sollten dann investieren, wenn es notwendig ist, nicht am Jahresende, um Steuern zu vermeiden.

Um den Wachstumsmotor zu starten, müssen wir auch die bürokratischen Hindernisse für Unternehmen umfassend analysieren und zielgerichtet reduzieren. Wir fordern schnellere Verfahren, noch mehr digitale Amtswege und eine zentrale Informationsplattform zur Bündelung rechtlicher und administrativer Vorgaben.

■ MODERNE MITARBEITERBETEILIGUNG

Gewinnbeteiligungsmodelle sollen einfach und unkompliziert auch in kleinen Betrieben umsetzbar sein. Ein Gewinnbeteiligungsmodell mit langfristigem Charakter motiviert Mitarbeiter und fördert die Identifikation mit dem Unternehmen. Unser Modell soll steuerliche Anreize für beide Seiten bieten und den Faktor Arbeit entlasten. Unternehmen sollen bei diesem Modell durch geringere Lohnnebenkosten profitieren. Für die Mitarbeiter:innen wird ein Gewinnanteil als zusätzliches, steuerbegünstigtes Einkommen am Jahresende ausbezahlt. Ein weiterer Gewinnanteil wird für die Mitarbeiter:innen langfristig als Vorsorgemodell veranlagt.

■ GRÜNDUNGSOFFENSIVE

Österreichs Gründer:innen kommen aktuell nur schwer an das nötige Geld, um ihr Unternehmen zu starten. Wir fordern einen leichteren Zugang zu Förderungen für Gründer:innen und wollen privates Risikokapital aktivieren: Durch steuerliche Anreize für Privatpersonen, die in Gründungen investieren, etwa durch einen Beteiligungsfreibetrag.

Wir fordern die Neugestaltung der Forschungsprämie durch die selektivere Auswahl förderbarer Unternehmen und Projekte, wobei diese vermehrt Startups und Neugründungen zugutekommen soll.

Wir fordern ein Gründungsstipendium zur finanziellen Absicherung angehender Unternehmer:innen

in ganz Österreich und einen verpflichtenden Gründungscheck, der Unternehmer:innen beim Gründen hilft und die realistische Umsetzbarkeit evaluiert. Hierfür braucht es eine digitale Plattform als zentrale Anlaufstelle, um den bürokratischen Aufwand für alle Beteiligten zu reduzieren und Doppelgleisigkeiten im Förderwesen zu verhindern.

■ **ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR FÖRDERUNGEN**

Wir brauchen eine zentrale Anlaufstelle für Förderungen – egal ob es um Förderungen für Gründer:innen oder Transformation in bestehenden Betrieben geht. Wir wollen eine österreichweite einheitliche Förderberatung, die rasch und unbürokratisch die Chancen und Möglichkeiten für eine Förderung prüft und direkt an die bestgeeignete Förderstelle weiterleitet. So kommen Unternehmer:innen rascher zu notwendigen Fördergeldern und Doppelgleisigkeiten zwischen Förderstellen werden vermieden.

LEHRE

Die Lehre ist wertvoll: für die Lehrlinge und die Betriebe. Lehre ist ein wichtiger Baustein zur Lösung des Fachkräftemangels. Wir setzen uns ein für eine hochwertige Ausbildung in der Lehre und kämpfen für faire Entlohnung und echte Chancen für den Start ins Berufsleben.

■ **AUFWERTUNG DER LEHRE**

Im 1. Lehrjahr verdienen Lehrlinge aktuell zwischen € 399,- und € 1.125,-, je nach Ausbildungsstätte und Bundesland: für den gleichen Lehrberuf (Bürokaufmann/Bürokauffrau)! Wir fordern die dringende Adaptierung der Kollektivverträge und eine Entlohnung, die zumindest 1.200,- Euro (netto) betragen soll. Darüber hinaus fordern wir die volle Integration in den Arbeitsprozess vom ersten Tag an und ohne gesetzliche Einschränkungen, sowie die Ermöglichung von Auslandspraktika während der Lehrzeit (ERASMUS +). Eine Aufwertung braucht es auch für die Teilqualifizierungslehre, mit einer vollwertigen Entlohnung und Anerkennung der erworbenen Qualifikationen.

■ **LEHRE MIT ZUKUNFT**

Wer sich mit 15 für eine Lehre entscheidet, soll mit 18 alle Möglichkeiten haben: Wir fordern die Anerkennung der Lehrabschlussprüfung (LAP) als vollwertigen Abschluss, die künftig auch zum Studium berechtigt und einer AHS-Matura gleichgestellt werden soll. Damit wird auch die nicht einheitliche Form der "Lehre mit Matura" hinfällig, zu der aktuell nicht alle Lehrlinge Zugang haben.

Dafür brauchen wir eine Stärkung der Berufsschulen, mit einer Ausbildung auf der Höhe der Zeit und einer Entrümpelung der Lehrpläne. Die Berufsschulen müssen untereinander besser vernetzt sein und mit den Betrieben kommunizieren, um zu verstehen, welches Wissen und welche Fähigkeiten wirklich gebraucht werden. Wir wollen die Angebote an Berufsschulen erweitern, damit manche Lehrberufe nicht nur an einem Ort in Österreich gelehrt werden.

Schließlich fordern wir eine pädagogische Schulung der Ausbildender: denn sie verbringen die meiste Zeit mit den Auszubildenden und sind daher maßgeblich für ihren Erfolg verantwortlich.

NEUE BILDUNG

Bildung ist das Sprungbrett zu neuen Chancen und beginnt im Kindergarten. Wir fordern österreichweite Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem 1. Geburtstag und kleinere Gruppengrößen für eine bessere Betreuung und Sprachförderung.

In unserer neuen gemeinsamen Schule setzen wir uns ein für Chancengleichheit: Durch eine spätere Trennung des Bildungsweges, damit wir kein Kind zurücklassen. Wir wollen den Lehrplan modernisieren und Talente und Begabungen fördern. Wir fordern mehr Schulautonomie und Unterstützung für Lehrer:innen durch multiprofessionelle Teams. Wir werten die Lehre auf, damit sie eine echte Alternative und keine Sackgasse ist. In der Hochschulbildung geben wir den Häusern ihre Kernkompetenzen zurück: Mit Praxis und Bachelor an der FH und Master an der Uni.

■ ECHE CHANCEN BEGINNEN IM KINDERGARTEN

Wir fordern kostenlose Kinderbetreuung für Kinder ab dem 1. Geburtstag in ganz Österreich und mehr Plätze für Ganztagsbetreuung. Wir wollen kleinere Gruppengrößen für bessere Betreuung und Sprachförderung. Wir setzen uns ein für eine bundesweit einheitliche Basisausbildung für Kindergartenpädagogen und -pädagoginnen und eine finanzielle Gleichstellung mit Volksschulpädagog:innen.

■ SCHULEN: STÄRKEN STÄRKEN

Das Schulsystem ist veraltet und fokussiert auf das Ausmerzen von Schwächen. Wer sich mit Mathematik schwer tut, verbringt sehr viel Zeit mit Integralfunktionen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen... und wird trotzdem kein Astrophysiker. Die Grundkenntnisse muss natürlich jede:r nach der Schule beherrschen. Darüber hinaus sollen Schüler:innen aber ihre individuellen Stärken und Talente kennenlernen und ausbauen können. Wir wollen, dass Schüler:innen mehr selbständig lernen und unterstützen modularen Unterricht und fächerübergreifende Projektarbeiten.

■ LEHRPLAN ENTRÜMPELN

Das Angebot der Schulfächer ist nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern eine Aktualisierung und einen Fächer – Re-load: zum Beispiel mehr Finanzbildung und Medienkunde, sowie Mathematik light als Optionen in der Oberstufe.

■ NEUE GEMEINSAME SCHULE

In Österreich entscheidet sich der weitere Lebensweg bereits nach der Volksschule. Das ist zu früh und ignoriert die unterschiedliche Entwicklung unserer Kinder. Wir wollen jedem Kind eine echte Chance geben und fordern die gemeinsame Schule vom 6. bis zum vollendeten 16. Lebensjahr nach dem Vorbild Finnlands. Multiprofessionelle Teams sollen auf besondere Bedürfnisse eingehen und Talente fördern. Denn für die Zukunft Österreichs brauchen wir alle und können niemanden zurücklassen.

■ **MEHR LEHRER:INNEN UND MEHR UNTERSTÜTZUNG**

Um den Personalmangel zu beheben, brauchen wir mehr Lehrer:innen und mehr Unterstützung. Und wir müssen darauf achten, dass Lehrer:innen ihrem Wunschberuf nicht den Rücken kehren. Daher braucht es weniger Bürokratie und eigenes Personal für die Verwaltung und IT, sowie Unterstützung durch Sprachförderlehrer:innen, Sozialarbeiter:innen, Schulpsychologen und -psychologinnen und School Nurses. Wir fordern multiprofessionelle Teams und die Behebung der unübersichtlichen Zuständigkeiten zwischen Ländern, Gemeinden und Bund.

■ **AUFWERTUNG DER LEHRE**

Im 1. Lehrjahr verdienen Lehrlinge aktuell zwischen € 399,- und € 1.125,-, je nach Ausbildungsstätte und Bundesland: für den gleichen Lehrberuf (Bürokaufmann/Bürokauffrau)! Wir fordern die dringende Adaptierung der Kollektivverträge und eine Entlohnung, die zumindest 1.200,- Euro (netto) betragen soll. Darüber hinaus fordern wir die volle Integration in den Arbeitsprozess vom ersten Tag an und ohne gesetzliche Einschränkungen, sowie die Ermöglichung von Auslandspraktika während der Lehrzeit (ERASMUS +). Eine Aufwertung braucht es auch für die Teilqualifizierungslehre, mit einer vollwertigen Entlohnung und Anerkennung der erworbenen Qualifikationen.

■ **LEHRE MIT ZUKUNFT**

Wer sich mit 15 für eine Lehre entscheidet, soll mit 18 alle Möglichkeiten haben: Wir fordern die Anerkennung der Lehrabschlussprüfung (LAP) als vollwertigen Abschluss, die künftig auch zum Studium berechtigt und einer AHS-Matura gleichgestellt werden soll. Damit wird auch die nicht einheitliche Form der "Lehre mit Matura" hinfällig, zu der aktuell nicht alle Lehrlinge Zugang haben.

Dafür brauchen wir eine Stärkung der Berufsschulen, mit einer Ausbildung auf der Höhe der Zeit und einer Entrümpelung der Lehrpläne. Die Berufsschulen müssen untereinander besser vernetzt sein und mit den Betrieben kommunizieren, um zu verstehen, welches Wissen und welche Fähigkeiten wirklich gebraucht werden. Wir wollen die Angebote an Berufsschulen erweitern, damit manche Lehrberufe nicht nur an einem Ort in Österreich gelehrt werden.

Schließlich fordern wir eine pädagogische Schulung der Ausbildender: denn sie verbringen die meiste Zeit mit den Auszubildenden und sind daher maßgeblich für ihren Erfolg verantwortlich.

■ **BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN AN DEN HOCHSCHULEN**

Unsichere Arbeitsverhältnisse an unseren Hochschulen vergraulen motivierte und hochqualifizierte Lehrpersonen und Forschende. Die Qualität von Forschung und Lehre leidet darunter. Daher fordern wir einen Kollektivvertrag für Fachhochschulen und verbesserte Rechtssicherheit. An den Universitäten verlangen wir das Aus für Kettenverträge – das Aneinanderreihen von befristeten Arbeitsverträgen – die im Arbeitsrecht verboten, an unseren Universitäten aber erlaubt und üblich sind. Stabilität für das Lehrpersonal würde die Qualität für Studierende verbessern und Österreichs Universitäten für Lektor:innen und Forschende attraktiver machen.

PRAXISNAH AN DER FH & MASTER UND FORSCHUNG AN DER UNI

Die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studien ist in Österreich auf halbem Weg stecken geblieben: Universitäten bemühen sich, praxisnah und verschult zu unterrichten, um den Forderungen eines Bachelorstudiums gerecht zu werden. Und Fachhochschulen streben nach Forschung und Wissenschaftlichkeit, um die Masterstudien bedienen zu können. Das führt zu Doppelgleisigkeiten und massivem finanziellen und personellen Mehraufwand, der aber weder den Studierenden, noch den Lehrenden und Forschenden zugute kommt. Wir fordern die Fokussierung auf die Kernkompetenzen der jeweiligen Bildungseinrichtung: Basisausbildung im Bachelor an der FH, akademische Spezialausbildung im Master und Forschung an den Universitäten. Für mehr Exzellenz in der Ausbildung und in der Forschung.

UMWELT

Gutes Bier braucht sauberes Wasser. Umweltschutz und eine nachhaltige und fortschrittliche Wirtschaft müssen Hand in Hand gehen.

Wir stehen für die Energie- und Mobilitätswende und bekennen uns zu den vereinbarten Klimazielen. Denn richtig teuer wird der Klimawandel morgen, wenn wir heute nichts tun.

Wir sind für den schrittweisen Ausstieg aus Öl und Gas: Geld, mit dem wir Putin & Co finanzieren, ist besser in erneuerbaren Energien investiert, die uns unabhängiger machen und den CO₂-Ausstoß reduzieren. Dabei dürfen wir auf den Ausbau der Stromnetze und geeignete Speichermöglichkeiten nicht vergessen. Wir wollen neue Technologien fördern und Menschen und Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Alternativen unterstützen.

Beim Verkehr fordern wir den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und von Park&Ride-Plätzen. Für die "letzte Meile" brauchen wir neue Konzepte, von Sammeltaxis bis zu Car-Sharing. Wir fordern bessere Radwege und "Rad-Highways", die sicheres Radfahren auch Überland und für den Weg zur Arbeit ermöglichen.

Umweltschutz ist aber nicht nur Klimaschutz. Wir wollen eine gesunde Natur, Luft, Böden und Gewässer. Neue Gesetze und Maßnahmen sollen im Zukunftsministerium auf ihre Zukunftstauglichkeit – und damit auch auf ihre Auswirkung auf die Umwelt – überprüft werden. Wir müssen den maßlosen Bodenverbrauch eindämmen und uns so auch vor den Auswirkungen von Naturkatastrophen wie Dürre oder Überschwemmungen schützen.

Wir wollen die Umwelt schützen, um uns zu schützen. Der Maßstab unseres Erfolgs ist das Lachen unserer Kinder.

■ **BODENVERBRAUCH REDUZIEREN**

Österreich verbaut und versiegelt jährlich viel zu viel wertvollen Boden. Die Folgen sind eine Zersiedelung der Landschaft, erhöhtes Verkehrsaufkommen und die Gefahr von Überschwemmungen. Zugleich verlieren wir Pflanzen und Tiere und rauben dem Boden die Fähigkeit, CO₂ zu binden. Wir wollen blühende Wiesen, bunte Schmetterlinge und singende Vögel: Auch für unsere Kinder und Enkelkinder! Wir müssen den Bodenverbrauch eindämmen und endlich eine bundesweit verbindliche Obergrenze von maximal 2,5 Hektar pro Tag festschreiben. Raumplanerische Entscheidungen sollen über Gemeindegrenzen hinweg getroffen werden. Wir wollen bevorzugt Ortskerne wiederbeleben und den bestehenden Leerraum nutzen, anstatt uneingeschränkt neues Bauland am Ortsrand zu versiegeln.

■ **WASSER SCHÜTZEN**

Weniger Schnee im Winter, Hitze im Sommer. Laut Prognosen wird der Grundwasserspiegel in Österreich sinken, der Wasserbedarf aber steigen, besonders im Osten. Damit wir in Zukunft nicht am Trockenen sitzen, müssen wir sorgsam mit Wasser umgehen und wissen, wo es versickert. Wir

fordern ein zentrales Wasser-Melderegister für den Verbrauch in der Industrie und Landwirtschaft, damit “Leaks im System” erkannt werden und wir im Bedarfsfall treffsicher gegensteuern können. Die Gemeinden brauchen mehr Unterstützung, um Wassernetze in Stand zu halten. Und in der Landwirtschaft unterstützen wir den Aufbau gesunder Böden: denn sie speichern mehr Wasser und reduzieren den Wasserverbrauch.

■ **WEGWERFVERBOT FÜR LEBENSMITTEL**

Der österreichische Lebensmittelhandel wirft dreimal mehr weg, als er spendet. Wir fordern, dass Supermärkte genießbare Lebensmittel nicht wegwerfen, sondern verpflichtend spenden, z.B. an Sozialmärkte. Wir unterstützen innovative Lösungen und Kooperationen, um Lebensmittelverschwendung auch in der Landwirtschaft, bei Bäckereien und in der Gastronomie zu reduzieren. Und wir wollen das Bewusstsein für Lebensmittelverschwendung stärken, damit auch zuhause weniger weggeworfen wird. Die Verschwendung eindämmen, auch um der Armut entgegenzuwirken: Kost nix, bringt aber viel.

■ **ERNEUERBAREN STROM SPEICHERN**

Zu Spitzenzeiten produzieren wir heute schon mehr grünen Strom, als wir verbrauchen können. Dann stehen Windräder still und die Photovoltaikanlage am Dach produziert Strom, den keiner nutzen kann. Daher müssen wir neben dem Ausbau der Stromnetze auch in die Speicherung von Strom investieren.

Überschüssiger Strom aus Wind und Sonne könnte in Form von Warmwasser gespeichert oder zur Produktion von Wasserstoff und synthetischer Treibstoffe verwendet werden.

In Haushalten mit Photovoltaik-Anlagen wollen wir mehr Förderung für lokale Speicher. Wir forcieren die Modernisierung der Stromnetze (Smart Grids) und ermöglichen die Nutzung von lokalen Speichern auch für Externe. So sorgen wir dafür, dass erneuerbarer Strom nicht verloren geht.



bierpartei.eu/menu